

N i e d e r s c h r i f t

über die 50. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses
am 19.07.2004 im Kleiner Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

Schmitz, Peter,	Ausschussvorsitzender
Bochem, Hans-Peter,	Ratsmitglied
Borowski, Helma,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied
Viertmann, Karl,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Sachkundiger Bürger
Pott, Hildegard,	Sachkundige Bürgerin
Viehöfer, Hildegard,	Sachkundige Bürgerin
Dr. Kreßner, Thomas,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme
Gottwald-Hensel, Claudia,	stellvertretende Sachkundige Bürgerin
Hilgers, Markus,	stellvertretender Sachkundiger Bürger
Riesen, Karl-Heinz,	Vertretendes Ratsmitglied
Schroeder, Franz-Josef,	stellvertretender Sachkundiger Bürger
Dr. Schumacher, Helmut,	Vertretendes Ratsmitglied
Mauermann, Dietmar	sachkundiger Einwohner

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause

Frau Esser

Beigeordneter Schulz zu TOP 3 NÖ-Teil

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Beratungspunkt Altenwohnheim „Am Wallgraben“; hier: Grundstücksverkauf (Vorlagen-Nr.: 332/2004) zu erweitern. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung evtl. Erweiterungen und Absetzungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
- 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 2. Anfragen

3. Altenpflegeheim(e) in Jülich, zugleich auch Antrag Nr. 23 der CDU- und der F.D.P.-
Stadtratsfraktionen vom 22.06.2004
4. Lokales Bündnis für Familien, Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.02.2004
5. Situation des Stadtsportverbandes Jülich;
hier: Antrag Nr. 24 der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.07.2004
6. Pauschale Zuwendungen an Gemeinden zur Unterstützung investiver kommunaler Auf-
wendungen im Sportbereich;
hier: Antrag Nr. 25 der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2004
7. Ertüchtigung des Bolzplatzes am Rurdamm;
hier: Antrag Nr. 26 der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2004

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

1.1. Alter Sportplatz in Broich
(Vorlagen-Nr.: 323/2004)

Der alte Sportplatz in Broich wurde in den letzten Jahren nur noch selten als Sportstätte genutzt. Verschiedentlich wurde er als Campingplatz missbraucht.

Die Verwaltung hat den Platz daher auch zur Entlastung des Bauhofes aus der Nutzung und Pflege genommen. Das Forstamt wird den Platz für die Stadt zupflanzen.

1.2. IT-Ausstattung an den Jülicher Schulen
(Vorlagen-Nr.: 321/2004)

Nach erfolgter Ausschreibung der Hard- und Software ist die KDVZ zur Zeit dabei, ein Leistungsverzeichnis für den IT-Support aufzubereiten. Die Unterlagen werden in Kürze vorliegen und anschließend mit den weiterführenden Schulen abgestimmt (nach den Sommerferien).

Die Servicevereinbarungen mit der KDVZ liegen unterschrittsreif vor.

1.3. Ausführung des Schulentwicklungsplanes
hier: Realschule
(Vorlagen-Nr.: 319/2004)

Hochbau- und Schulverwaltungsamt haben mit der Realschule in einem 1. Schritt die Erfordernisse für die Vergrößerung des Verwaltungstraktes erörtert. Es wurde vereinbart, dass die Schule ihre Vorstellungen hinsichtlich der ungefähren Raumgröße für ein Lehrerzimmer, für ein Zimmer für die Konrektorin sowie für einen Besprechungsraum mitteilt, mit denen das Hochbauamt dann operieren und Planungen entwickeln kann.

Weiterhin wurde diskutiert, ob der Innenhof überdacht und als PZ genutzt werden kann, was noch zu klären wäre. Die Erweiterung des Verwaltungstraktes soll diese Möglichkeit in jedem Fall nicht verbauen.

1.4. Offene Ganztagschule
(Vorlagen-Nr.: 324/2004)

Wie in der Sitzung am 27.05.2004 mitgeteilt, führt die Verwaltung mit der Gemeinschaftsgrundschule Süd und dem Sozialdienst Katholischer Frauen in regelmäßigen Abständen Gespräche bezüglich der Ganztagschule. Zur Information wurde die Grundschule in Siersdorf besichtigt, die als offene Ganztagschule geführt wird. Diese Schule verfügt durch über Jahre hinweg gewachsene Strukturen und durch die großzügigen Räumlichkeiten über Grundvoraussetzungen, die auf Jülich nicht übertragbar sind.

Die Verwaltung registriert aber auch die wachsende Diskussion um die Zukunft der Horte, die nach derzeitigem Stand in 2007 geschlossen werden sollen. Die Stadt Düren hat einen Arbeitskreis gebildet, der ein Konzept für die Umsetzung von offenen Ganztagschulen und die Übernahme von Fachkräften im Hortbereich in die offene Ganztagschule entwickelt hat.

Um diese Frage und die weitere Vorgehensweise zu erörtern, plant die Verwaltung nach den Sommerferien einen runden Tisch mit den Schulleitern, Vertretern der Horte und dem Kreisjugendamt .

1.5. Zweckverband Schirmerschule
(Vorlagen-Nr.: 327/2004)

Die Gespräche mit den Nachbarkommunen über den Zweckverband Schirmerschule wurden zwischenzeitlich fortgeführt. Eine Satzung für den Zweckverband ist abgestimmt.

Der Bürgermeister von Linnich hat angeregt, die freiwerdende Polizeischule in Linnich zu besichtigen, ob dort Räume für eine Sonderschule in Frage kommen.

Dieser Anregung folgend wurde ein Termin während der Sommerferien verabredet.

1.6. Überführung des Schülerspezialverkehrs in den öffentlichen Personennahverkehr
(Vorlagen-Nr.: 320/2004)

Das in der Sitzung am 27.05.04 (TOP 1, Vorl.-Nr.: 202/2004) vorgestellte Konzept der RVE und des AVV wurde am 13. Juli den Schulmitwirkungsgruppen der Grundschulen, der Hauptschule und der Schirmerschule in einer gemeinsamen Sitzung erklärt.

Die Schulkonferenzen werden spätestens nach den Sommerferien tagen und ihre Stellungnahmen abgeben. In der 1. Sitzung des neuen KuSSS nach den Kommunalwahlen könnte dann weiter beraten werden, so dass eine neue Regelung nach den Weihnachtsferien in Kraft treten könnte.

1.7. Musikschulangebote in Nachbarkommunen
(Vorlagen-Nr.: 326/2004)

Die Musikschule versucht, in Nachbargemeinden Früherziehung oder Grundausbildungskurse zu unterrichten. Entsprechende Kontakte zur Stadt Linnich sind bereits positiv gelaufen.

Eine ausführliche Werbung kann nach den Ferien erfolgen, so dass ein Beginn etwa im Oktober denkbar ist. Mit anderen Gemeinden wird noch verhandelt.

1.8. Aktionswoche „Engagement macht stark“
(Vorlagen-Nr.: 317/2004)

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Peer Steinbrück hat sich kürzlich mit einem Schreiben an die Bürgermeister Nordrhein-Westfalens gewandt und gebeten, in der Woche vom 25.09. bis 02.10.2004 die Aktion „Engagement macht stark!“ zu unterstützen. Diese Aktionswoche hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) initiiert und möchte an möglichst vielen Orten in ganz Deutschland mit unterschiedlichen Aktionen bürgerschaftliches Engagement öffentlich sichtbar machen. Dabei ist Leitidee, dass freiwilliges, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement jeden Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt bereichert.

In der Stadt Jülich ist daran gedacht, Samstag, den 25.09.2004, als Aktionstag vorzusehen. Der 02.10., letzter Tag der Aktionswoche, scheidet aus, weil dann in Düsseldorf eine zentrale Veranstaltung stattfindet. In Jülich wird den Vereinen und ehrenamtlich geführten Gruppierungen die Möglichkeit gegeben, sich zu präsentieren, d.h. über ihre Arbeit, ihre Angebote, das Vereinsleben und und ... zu informieren. Dabei ist natürlich auch Werbung für die Vereinszwecke u.a.m. möglich.

Dieser „Markt der Möglichkeiten“ findet im Brückenkopf-Park im Bereich der Nordbasion statt, und zwar in der Zeit von 12.00 bis 17.00 Uhr. Eine Anmeldung muss bis zum 10.09.2004 beim Brückenkopf-Park unter Tel.-Nr.02461 – 979530 geschehen.

Mit Aufruf im Jülich-Magazin bittet der Bürgermeister der Stadt Jülich alle Vereine, die es ermöglichen können, an dieser Aktion teilzunehmen. Die „Woche des Engagements lebt von der Vielfalt der Formen und Themen des Engagement im lokalen und regionale Raum“, so schreibt der Ministerpräsident. Deshalb sollten sich möglichst viele Akteure vor Ort aktiv mit Einzelmaßnahmen und Aktionen beteiligen.

1.9. Das Jugendparlament JuPaJü und seine Foren
(Vorlagen-Nr.: 238/2004)

Das Jugendparlament hat in seiner letzten Sitzung am 30.03.2004 beschlossen, ein Rede- und Antragsrecht zu beantragen. Dieses Recht soll im Zusammenhang mit anderen Änderungen in der Hauptsatzung im Herbst 2004 mitverarbeitet werden. Bis dahin kann das Jugendparlament Wünsche, Ideen, Anregungen und Anträge direkt über den Bürgermeister in die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses geben. Im Ausschuss soll dem Vertreter/den Vertretern des Jugendparlaments dazu Rederecht gewährt werden.

Das Forum „Freizeitangebote für Jugendliche“ bereitet zur Zeit zwei Veranstaltungen vor. Einmal eine Discoververanstaltung in Kooperation mit dem Roncalli-Haus für Freitag, den 2. Juli 2004 im Roncalli-Haus und andererseits eine Konzertveranstaltung in Kooperation mit dem Kuba für November diesen Jahres vor.

Das Forum „Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring“ hat zusammen mit der freien Mitarbeiterin des WDR Frau Herrmanns einen Artikel über die Arbeit des Jugendparlaments für die Homepages der Schulen erarbeitet und entwickelt zur Zeit eine Werbemappe über das Jugendparlament und seine Projekte „Disco und Konzert“ zur konkreten Sponsorensuche.

2. Anfragen

2.1. Ertüchtigung des Bolzplatzes an der Rur hier: letzter Absatz des Antrages der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2004 (Vorlagen-Nr.: 318/2004)

Anfragetext:

Über diesen Antrag hinaus bitten wir um die Beantwortung folgender Frage:

Während der Haushaltsberatungen 2002 hat die SPD beantragt, 10.000,-- DM für die Ertüchtigung der städtischen Bolzplätze in den Haushalt einzustellen. 9.500,-- DM sind im Haushalt 2002 verankert. Da für den Bolzplatz am Rurdamm offensichtlich nichts ausgegeben wurde, stellt sich zum einen die Frage, warum dort nichts investiert wurde, zum anderen, wofür die bereitgestellten Mittel verwendet wurden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus den im Haushalt 2002 für die Bolzplätze zur Verfügung stehenden Mitteln sind folgende Dinge beschafft bzw. erledigt worden:

Bolzplatz an der Rur:

2 neue Tore

Reparatur Ballfangzaun

Auffüllen Mutterboden

Neueinsaat vor den Toren

Bolzplatz Röntgenstr.:

Reparatur Zäune

Entfernung Unkraut

Bolzplatz Altdorfer Str.

2 neue Fußballtore

2.2. Anfrage der StV Frau Doose vom 29.06.2004 zum Thema „Altenheim“ (Vorlagen-Nr.: 305/2004)

Anfrage:

Abstimmungsergebnis:

Zu Frage 1:

a) Die Verwaltung konnte davon ausgehen, dass es in der Sitzung des KuSSS am 28.06.2004 zu Empfehlungsbeschlüssen kommen sollte, weil in der Ausschusssitzung am 17.06.2004 entsprechende Erwartungshaltungen geäußert wurden: Die Verwaltung sollte

bis dahin weitere Informationen einholen, weil am 17.07.2004 die Sachlage nicht entscheidungsfähig war.

b) Die Verwaltung hat die Voraussetzungen für eine Entscheidung getroffen. Die zu klärenden Fragen sind präzise mit dem Ausschuss abgestimmt worden. Auch StV Frau Doose hat diesem Fragenkatalog weder weitere Prüfaufträge zugefügt noch diesem widersprochen. Mit der Beantwortung dieser Fragen glaubte der Ausschuss, den Sachverhalt genügend erhellt zu haben.

c) Die formale und inhaltliche Kompetenz in Fragen des Altenheimbaues liegt nicht bei der Stadtverwaltung, sondern beim Kreis Düren, Landschaftsverband und Fachverbänden. Von diesen kann die Verwaltung zwar Informationen erhalten, was aber nicht den Grad eigener Kompetenz erreichen kann, wie sie bei v.g. Stellen vorhanden ist. Allerdings steigen selbst diese Stellen nicht in bewertende Vergleiche verschiedener Planentwürfe ein.

Der Kreis Düren hatte bestätigt, dass durch die Bauberatung durch Kreis und Landschaftsverband gewährleistet sei, dass zeitgemäße wohnliche Altenheime geschaffen würden. Wenn dies gewährleistet ist, muss die Verwaltung nicht noch spezielle Einzelkriterien bzw. Parameter zur Beurteilung einführen.

Wenn das so vorausgesetzt werden kann, dann gewinnen andere Kriterien an Bedeutung (z.B. Kaufpreis, Städtebau).

Zu Frage 2:

Der KuSSS hat die Verwaltung in seiner Sitzung vom 17.06.2004 beauftragt, alle Investoren/Betreiber um die Beantwortung der in der Sitzung mit dem Ausschuss abgestimmten und in der Vorlage einzeln benannten Fragestellungen zu bitten. Wie bereits in der Vorlage erläutert, geschah dies mit Schreiben vom 22.06.2004. Die Antwortschreiben incl. der beigefügten Unterlagen gingen zuletzt bis Freitag, 25.06.2004 um 13.00 Uhr ein. Alle vorgelegten Unterlagen wurden zur Erstellung der Sitzungsvorlage für Montag, 28.06.2004 herangezogen. Dazu gehörten

- Antwortschreiben der Investoren/Betreiber
- Auszüge der QM-Handbücher und Pflegekonzeptionen

Nur in einem Fall lagen der Verwaltung zu diesem Zeitpunkt Pläne vor. Aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit flossen sie deshalb nicht in die Vorlage ein. In diesem Zusammenhang ist, wie bereits mehrfach an anderer Stelle geschehen, anzumerken, dass die Bauberatung – also die Abstimmung der baulichen Umsetzung des Vorhabens – durch den Kreis Düren erfolgen muss und ohnehin außerhalb der Kompetenzen der Stadt Jülich liegt.

Zu Frage 3:

Es wurde bereits in der Sitzung von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass für die Ausführung des Beschlusses des KuSSS vom 17.06.2004 nur ein äußerst enger Zeitraum zur Verfügung stand. Der Ausschussvorsitzende bedankte sich daraufhin bei der Verwaltung dafür, dass sie trotzdem mit der Sitzungsvorlage eine Grundlage für die weitere Dis-

kussion geschaffen hat. Nach Sichtung und erster Prüfung der Konzeptionen der Einrichtungen sind diese inhaltlich vergleichbar. Dies belegen Auszüge aus den Pflegeleitlinien, -konzeptionen und QM-Handbüchern. Alle Modelle orientieren sich an den gesetzlichen Vorgaben bzw. verweisen darauf, Mindestvorgaben in bereits bestehenden Objekten zu überschreiten. Die Wie diese inhaltlichen Konzeptionen baulich umgesetzt werden, ist abschließend im Rahmen der Bauberatung des Kreises Düren zu bewerten. Ob die Konzeptionen schlussendlich wie bei der Planung deklariert, realisiert werden, wird nach Fertigstellung des Objekts u.a. von der Heimaufsicht geprüft.

Zu Frage 4:

Die Interessenten wurden mündlich vom Technischen Beigeordneten über den Gutachterpreis des Kreises Düren informiert.

Zu Frage 5:

Mit Datum vom 22.06.2004 hat die Verwaltung alle Interessenten angeschrieben und gebeten, Ihre Kaufpreisvorstellungen konkret darzulegen.

Zu Frage 6:

Die Verwaltung ist nicht der Meinung, dass bei einem privaten Investor und Betreiber in jedem Fall vor allem gewinnorientiertes Denken unterstellt werden muss. Jedoch wird davon ausgegangen, dass ein privater Investor Gewinne erzielen muss, da die Anlage ansonsten nicht auf Dauer zu betreiben ist.

Zu Frage 7:

Das Raumkonzept der U.Schmidt GmbH überzeugt durch seine konsequente Umsetzung der inhaltlichen Konzeption und hebt sich eindeutig von den Raumkonzepten der Mitbewerber ab. Allerdings scheidet die Planung aus, da – wie in der Mitteilung für den HFA vom 7.07.2004 erläutert – statt 4000qm 6000qm überplant wurden. Firma Schmidt wird kurzfristig eine auf das angebotene 4.000 qm große Grundstück bezogene Planung vorlegen. Falls dies rechtzeitig vor der Sitzung geschieht, wird die Verwaltung hierüber den KuSSS informieren.

Zu Frage 8:

Aus der Frage ist nicht ersichtlich, auf welche Aussagen der Malteser Bezug genommen wird.

Zu Frage 9:

vgl. unter Ziffer 7

Zu Frage 10:

Die besonderen städtebaulichen Anforderungen an das Grundstück „Am Wallgraben“ wurden den Investoren in Einzelgesprächen bei der Verwaltung vermittelt. Die jeweiligen Planer haben das auf ihre eigene Art bei der Gestaltung berücksichtigt.

Bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen ist es erforderlich, dass die Rahmenkriterien im einzelnen in enger Abstimmung mit dem Investor erarbeitet und festgelegt werden.

Zu Frage 11:

Die Investoren wurden durch den Technischen Beigeordneten über die städtebaulichen Besonderheiten des Grundstückes „Am Wallgraben“ in Einzelgesprächen informiert.

Zu Frage 12:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der Entwurf der U. Schmidt GmbH ein wesentlich größeres Grundstück überplant hat, als von der Verwaltung vorgegeben wurde. Statt der zur Verfügung stehenden Fläche von 4.050 m² wurde eine Fläche von ca. 6.000 m² beansprucht. Hier ist eine Umplanung erforderlich.

Grundsätzlich sind nach Meinung der Verwaltung die beiden anderen Entwürfe geeignet, in das erforderliche Bauleitplanverfahren eingestellt zu werden. Im Zuge der Konkretisierung der Pläne werden sich in Bezug auf das B-Planverfahren sowie die weitere Detailplanung mit Sicherheit noch Veränderungen ergeben.

Zu Frage 13:

Die einzelnen Eingangsbereiche der 3 vorgestellten Entwürfe weisen aus städtebaulicher Sicht mehrere Gemeinsamkeiten auf. Der Eingangsbereich ist jeweils von der Straße aus nach Norden zurückgezogen. Der Weg dorthin wird jeweils von den Wohnbereichen flankiert.

Die Geschossigkeiten der einzelnen Baukörper sind jedoch unterschiedlich.

Zu Frage 14:

Die Mindestgrenzabstände bei der Errichtung von Gebäuden werden durch die Bauordnung NRW geregelt. Das Gesetz berücksichtigt hierbei die Einsichtnahme auf benachbarte Grundstücke sowie eine mögliche Beschattung.

Im Einzelnen ist in Bezug auf die nördliche Abstandsfläche der Projekte folgendes festzuhalten:

Carpe Diem:

Aus dem Plan ergibt sich ein Abstand von 11,00 m.

Laut Aussage des Architekten wäre nach der Bauordnung eine Strecke von ca. 8,00 m erforderlich.

Ursula Schmidt GmbH:

Aus den Plänen lässt sich ein Abstand von ca. 5,5 m herausmessen.

Bei Zweigeschossigkeit ist ein Abstand von 5,44 m erforderlich. Für den eingeschossigen Bereich 3,20 m.

Die Aussage hat aber wahrscheinlich keine Relevanz, da die Pläne überarbeitet werden müssen.

CMS:

Nach Aussage des Architekten wird ein Abstand von mindestens 7,50 m eingehalten. Der geplante Abstand sei „somit deutlich größer als die planungsrechtliche und bauordnungsrechtlich geforderte Abstandsfläche.“

Da keine detaillierten Pläne zur Verfügung stehen, kann die Aussage z.Zt. nicht überprüft

werden.

Zu Fragen 15 – 19:

vgl. Ziffer 7

Erläuternd wird angemerkt, dass jedem Investor durch den Kreis Planungshilfen sowie ein Merkblatt über das Verfahren und die einzureichenden Unterlagen bei Neubau ausgehändigt werden. Der Kreis muss seit In-Kraft-Treten des novellierten Pflegegesetzes eine sog. Bauberatung durchführen und greift auf externen Sachverstand zurück. Er zieht einen Architekten des LVR hinzu, der über eine langjährige Erfahrung in dieser äußerst komplexen Materie verfügt.

3. Altenpflegeheim(e) in Jülich, zugleich auch Antrag Nr. 23 der CDU- und der F.D.P.-
Stadtratsfraktionen vom 22.06.2004
(Vorlagen-Nr.: 313/2004)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

Frau Viehöfer empfiehlt für die CDU-Fraktion, das Grundstück an die Ursula Schmidt GmbH zu vergeben, da deren Konzept überzeugend ist.

Die SPD-Fraktion nimmt diese Mitteilung erfreut zur Kenntnis.

4. Lokales Bündnis für Familien, Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.02.2004
(Vorlagen-Nr.: 309/2004)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltungen(n)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeitsgemeinschaft „Kinder- und familienfreundliches Jülich“ in ein „lokales Bündnis Kinder- und familienfreundliches Jülich“ überzuleiten.

2. Gemeinsam mit dem Bündnis ist sodann ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu entwickeln. Die Schwerpunkte sollen gemeinsam festgelegt werden.

5. Situation des Stadtsporverbandes Jülich:
hier: Antrag Nr. 24 der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.07.2004
(Vorlagen-Nr.: 310/2004)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der SSVJ soll in einer der nächsten Sitzungen über seine Situation berichten.

6. Pauschale Zuwendungen an Gemeinden zur Unterstützung investiver kommunaler Aufwendungen im Sportbereich;
hier: Antrag Nr. 25 der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2004
(Vorlagen-Nr.: 311/2004)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltungen(n)

Der Antrag soll weiter verfolgt werden.

7. Ertüchtigung des Bolzplatzes am Rurdamm:
hier: Antrag Nr. 26 der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2004
(Vorlagen-Nr.: 312/2004)

Auf Anfrage führt Dezernent Krause aus, dass die Mittel der Sportpauschale für den Neubau des Sportlerheimes in Koslar und für die Beschaffung von Geräten für die Pflege der Nebenanlagen vorgesehen sind. Geräte für den Bolzplatz könnten aus diesem Mitteln nicht finanziert werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltungen(n)

Der Antrag soll weiter verfolgt werden

Von 17.40 Uhr bis 18.00 Uhr erfolgt eine Sitzungspause

B. Nichtöffentlicher Teil

Mit einem Wort des Dankes schließt der Vorsitzende gegen 18:55 Uhr die Sitzung.